

Arbeiter-Zeitung

Montag, 14. Juni 1920
9. Jahrgang. Nummer 135

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale

Mit den Beilagen: „Der Rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschaftler“, „Rote Solidarität“, „Die kommunistin“, „Der junge Kämpfer“, „Proletarisches Feuilleton“, „Wirtschaftl. Rundschau“

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Versteht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, Bezugspreis wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Einzahlband 2,50 Mk. Anzeigenpreis: Die 10 gelassenen Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Überschriften- und Verlautbarungsaufschlag 5 Pf. Reklamaufschlag: Die 8 gelassenen Millimeterzeile ober deren Raum im Text 10 Pf. — Schluss der Inseraten-Aufnahme in der Haupt-Expedition morgens 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens abends 6 Uhr.

Hauptredaktion: Breslau 10, Kronprinzenstr. 10, Telefon Ring 2577.
Verlagskontor: Breslau 44, Altmarkt-Expeditionen: Ostw. 10, Kronprinzenstr. 10, Tel. 405. Mailänderstr. 4, Tel. 101. 101.
Bunzl. 4, Tel. 1334. Leipzig, Bismarckstr. 4, Tel. 1111.
Morgens bis 7 Uhr abends Redaktion: Breslau, Kronprinzenstr. 10, Tel. Ring 2577. Sprechst. der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12-1, Dienstag, Donnerstag, Samstag abends 6-7 Uhr.
Vertriebsstand am Hauptverlagort: Breslau

Ist das Privateigentum in Gefahr?

„Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Methode entstehen, durch Aufzehrung der Institute der Massen- und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen auf dem Wege der Enteignung weiterzugehen und damit dem deutschen Volk die Grundlagen seines kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens zu entziehen.“
(Hindenburg an Loebehl.)

„Vielleicht überlegt sich noch mancher, daß es für uns darauf ankommt, Besitz zu schaffen, aber nicht ihn zu vernichten. Aber die letzten Tage sind überhaupt ausschließlich in bezug auf die Gefinnung der Parteien und ihrer Führer gewesen, die den Diebstahl am Privateigentum organisierten wollten.“
(Schlesische Zeitung)

„Man muß sich immer wieder klar machen, daß hier schließlich nur ein Anfang gemacht ist, der, wie die anderen Beispiele schon zeigen, zu weiteren Dingen auf diesem Gebiete schon anspornt. Dadurch könnte der ganze Begriff des Eigentums vollkommen vermischt werden und ins Vakuum kommen.“
(Deutsche Bergwerkszeitung)

Das Eigentum in Gefahr! Das ist der gemeinsame Schicksal aller, die dem Raub der Herrschaft am arbeitenden Volke hinter Ohren und Augen verschleiern wollen. Das ist das tägliche Schicksal einer künftigen Klasse, deren Schreiber von ihren Brotherrn den Auftrag erhielten, in den breiten Massen das Gefühl zu wecken:

„Unser Reich, unser Wohlstand, unsere Güter, unsere Scholle wird enteignet!“

Wenn nichts die Ungeheuerlichkeit der heutigen Eigentumsordnung kennzeichnen könnte, das lügnerische Geschwätz der gegnerischen Presse würde es tausendfach tun. Dabei da einige Schwerkapitalisten, Junker und Feudalherren über 3000 Zettungen im Besitz. Mit allem Drum- und-Dran. Weil das und die Gehirne einiger tausend Goldschreiber ihr „Eigentum“ sind, deshalb können sie über den Volksentscheid schwindeln, wie es ihnen gefällt; denn im Ernste glauben sie selbst nicht daran, daß die Kommunisten ihm die Hand anlegen werden. Sie denken, dem von morgens bis spät abends in seinem Landen wirkenden Krämer keine Habe, dem kleinen Schlossermeister die Feile, dem Kleinbauern das Vieh und die paar Ader Land, dem Sparrer seine Sparpfennige, der armen Witwe die längliche Rente wegnehmen wollen.

Nein, was sie bewegt, ist eine andere Sorge: Die Sorge um ihren eigenen Besitz, den ganz trocken der Ruhföhrige, der Fehrbaronie, die Angst um die Fabriken und Rohstofflager, die in den Händen von einigen hundert Raubabschneidern konzentriert sind, die für die Millionenlöhner, welche von den Verhältnissen der Junker durch brutalen Raub und Mord an den Bauern zusammengestohlen wurden und auf denen jetzt hunderte Tausende Landarbeiter ausgebeutet werden. Und da haben sie allerdings recht, daß sie schreiben: Das Eigentum in Gefahr! Jawohl, das „Eigentum“, das nichts anderes darstellt, als in Jahrhunderten angehäuften Raubtum an der Arbeit der werktätigen Massen.

dieses „Eigentum“ ist in Gefahr. Nicht heute. Auch nicht durch einen Volksentscheid; denn wir wissen sehr wohl, daß die Bourgeoisie und die Junker ihr Diebesgut mit Zähnen und Klauen verteidigen und sogar auf ein von dreißig Millionen angenommenes Eigentumsgesetz pfeifen werden.

Werden die Fürsten enteignet, dann werden sich mit den Kommunisten weitere Millionen fügen: Die Schlot- und Krattbarone sind um nichts besseres als die Fabrikanten und die Industriekritiker und Börseanleger sind für die menschliche Gesellschaft ebenso nutzlos, wie Fürsten und Prinzen. Weg mit dem Zeug! Her mit ihrem Reichtum für das Volk!

Die Massen der Ausgebeuteten, Verflachten und Gepeinigten, die das denken oder wenigstens in diesen Wochen begreifen lernen, brauchen darum gar nicht in Widerspruch mit den christlichen Sittenaeseten zu geraten, die bekanntlich wieder einmal erhalten müssen, um den Diebstahl der Fürsten zu rechtfertigen, während sie in klugigen Volkstagen aufbegehren, als im Mittelalter das Bauernlegen sich vollzog, als Deutschland von Bauernnot und Aufruhr widerhallte, als nach dem Kriege der große

den Industriekapitänen a la Stinnes aber gewaltig die Rassen füllte. Das christliche Sittengesetz als Deckbild für Fürstentum zu benutzen, ist nur pure Heuchelei.

Wir Kommunisten vertreten natürlich die Enteignung der Fürsten, Junker und Kapitalisten, weil das proletarische Klasseninteresse sie erfordert. Immerhin ist interessant, wie Christen selber den Enteignungsbegriff erläuterten. Papst Leo XIII. erklärte in der Enzyklika erum novarum:

„Die Erde spendet zwar in großer Fülle alles, was zur Erhaltung und Förderung des irdischen Daseins nötig ist; aber sie kann es nicht aus sich spenden, d. h. nicht ohne Bearbeitung und Pflege durch den Menschen. In dem der Mensch an die Urbarmachung des Bodens körperlichen Fleiß und geistige Sorge setzt, macht er sich eben dadurch den kultivierten Teil zu eigen; es wird demselben sozusagen der Stempel der Bearbeitung aufgedrückt.“

In Düsseldorf erklärte ein Vater Oswald von Mall-Boen-

An die Partei!

Genossen! Genossinnen! Der Brief Hindenburgs an den Monarchisten Loebehl hat die letzten Zweifel über die Pläne der Gegenrevolution vernichtet:

Die Enteignung der Fürsten soll nicht durchgeföhrt werden — auch bei Erreichung von 20 Mill. Stimmen

Das ist die klare und eindeutige Sprache. Und dahinter stehen geschlossen Regierung und Parlament, die schwarz-weiß-rote Bürgerkriegsarmee und ihre großkapitalistischen Herren. Die ganze Konterrevolution gruppiert sich um den Raubzug der Fürsten.

Die kommunistische Partei hat das Volksbegehren erzwungen. Sie muß jetzt die Massen zum Kampf für die Abwehr des Sturmangriffs der Reaktion und der Offensive des Großkapitals auf Lohn und Arbeitszeit führen.

Unser Ruf nach Vorbereitung des einheitlichen Kampfes, der proletarischen Einheitsfront hat im ganzen Lande, unter allen Schichten des werktätigen Volkes ein gewaltiges Echo gefunden. Gegen den Widerstand der Sabotage der sozialdemokratischen Führer und der Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen bilden sich

proletarische Einheits-Komitees

in den wichtigsten Zentren des Landes. Die Führung dieser Kampforgane durch die kommunistische Partei und ihre tiefste Bekantheit in den werktätigen Massen ist die erste Voraussetzung und die einzige Bürgschaft für die erfolgreiche Abwehr der konterrevolutionären Offensive.

Die sozialdemokratische Führerschaft steht auf der anderen Seite der Barrikade.

Troph Hindenburg-Brief und der Solidaritätserklärung der Marx-Regierung verweigerte die sozialdemokratische Führerschaft dem kommunistischen Mittrahensantrag ihre Zustimmung. Während die sozialdemokratischen Arbeiter zum Kampfe gegen die Reaktion aufmarschieren, bereiten ihre Führer ein neues Koalitionsbündnis mit derselben Reaktion vor.

Genossen! Die proletarische Einheitsfront marschiert vorwärts. Bleibt an ihrer Spitze. Vergeßt keinen Augenblick die Lehren der Niederlage des heldenmütigen Kampfes der englischen Arbeiterklasse! So in England, so in Deutschland!

Die sozialdemokratischen Führer schließen sich einem Kampfe nur unter dem Druck der Arbeiterklasse an, um ihn später zu verraten.

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands

Machtvolle Demonstration gegen die Fürsten

Flasche der Monarchisten

(Eig. Draht.) Berlin, 14. Juni.

Der gestrige Sonntag wurde in einem großen Massenaustritt der Berliner Arbeiter. An den verschiedenen Kundgebungen der SPD. nahmen etwa 80 000 Arbeiter und Arbeiterinnen teil. Auch besonders stark war die Beteiligung von Arbeiterinnen. Die Demonstrationen, die eine mächtige Kundgebung zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Hindenburg-Diktatur waren, wurden von der Berliner Bevölkerung überall jubelnd begrüßt. An den Kundgebungen konnte man sehen, daß sich auch Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern an den Demonstrationen beteiligten.

Die in gleicher Zeit im Ostpreußen stattfindende Demonstration der Arbeiter in Königsberg ergab ein sehr großes Flaklo. Auch das Sagenberg-Flaklo, das „Solidarität“, schließt nun eine große Demonstration, während die „Morgen“ die Zahl von 7-8000 einschließt.

lich der Reugierigen als genaue Schätzung, und die „Welt am Montag“, eine Zahl von etwa 6000 für sich zu hoch angibt. In einigen Stellen im Ostpreußen dröhnte die Internationale von anwesenden Kommunisten in die deutschen Nationalen Arbeiter. Da die Kapelle davorhin das Deutschland-Weib spielte, hielten die Monarchisten für besser, die Reden abzuhehren. Es kam zu einigen Zusammenstößen. Am Abend 10 Uhr wurde ein Reichshaus, wann der Flugblätter verteilte von Wärschen schwer mißhandelt. Der „Morgen“ schreibt über die kommunistischen Demonstrationen: Die Beteiligung war außerordentlich hoch. Auf dem Wittenbergplatz ist besonders die starke Beteiligung der Werktätigen auf, die der sozialdemokratischen Kundgebung mit ihrem Interesse folgten. Es ist bemerkenswert, daß die rote Frontkämpferbund das Feld.

(Eig. Draht.) Essen, 14. Juni.

Essen fanden im Ruhrgebiet die von dem ADGB, der SPD. und der KPD. Anberufenen Demonstrationen für den Volksentscheid und gegen die monarchistischen Staatsrechtsverhältnisse statt.

Was in einer Predigt über „Das Eigentum heilig“ unter anderem:

„Die religiöse Natur empfindet es wie eine Entweihung des Heiligen, wenn gewissermaßen die Religion herhalten soll zum Zwecke von Eigentumsstreben, die vielleicht gar auf recht ungesunder Weise zuhauften gekommen sind. Soll die Religion nicht verachtet werden, um die Götter, die Areligiosen zu machen, die Götter aber wiederum in ihrem auf schändliche Weise erworbenen Reichthum zu lagern?“

Jeder Christ, der nicht die Religion im Munde führt, um Profit darunter zu meinen, wird mit jener Auffassung sein, daß alles Eigentum der menschlichen Arbeit entspringt. Auch der Acker ist Wästel, wenn die mächtige Arbeit ihm nicht Frucht abringt. Wer darum aus ethischem Glauben und ohne selbst ein Ausbeuter von Anderer Arbeit ist, und doch Bedenken hat, die Fürstenteignung zu belassen, soll sich nur die Frage vorlegen:

Was könnten die Fürsten beanspruchen als erarbeitetes Eigentum?

Die Antwort müßte lauten: Nichts, denn noch nie haben gekrönte Häupter gearbeitet. Im Gegenteil!

Dagegen neben den Arbeitern die Kleinbauern, die Mittelhändler! Auch die haben immer arbeiten müssen. Ihr lauer verdienter Spargroschen war ehlich erworben und gerade darum fiel er den Inflationshäuten zum Opfer. Sie zu enteignen, beabsichtigt kein Kommunist in Deutschland.

Und wenn sie doch eine gewisse Scheu vor der Fürstenteignung haben, dann müssen sie nach der Sowjet-Union blicken. Dort gliedern die Kommunisten im Auftrage der Arbeiter und Bauern. Da ist das „Bolschewistische Enteignungsprogramm“ verwirklicht: Die früher landlosen Bauern haben jetzt Land, die kleinen Gewerbetreibenden haben nichts verloren, sondern gewonnen. Allen Volksschichten kommt der steigende Wohlstand zugute, der ermöglicht wird durch die

Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer,

durch die Sozialisierung der Industrie, des Bergbaus, der Rohstoffvorkommen, durch die genossenschaftliche Organisation der Landwirtschaft.

Mittelhändler, Kleinbäuer, Kleinbauern, Gewerbetreibende, Arbeiter und Beamte: Die Kommunistische Partei ruft euch zu: Laßt euch von der Presse der großkapitalistischen Geldgeber nicht belügen. Stimmt am 20. Juni mit „Ja“, Macht das Kreuz ins „Ja“-Feld.

Schwerer Zollkampf in Prag!

Prag, 12. Juni. (Eig. Bericht.) Die für gestern abend von der kommunistischen Partei in Groß-Prag einkaufene Kundgebung gegen die Zollvorlage war unachbar klar. Nach Schluß der Versammlung, an der etwa 2000 Arbeiter teilnahmen, warfen sich plötzlich starke Abteilungen von Polizei zu Pferde und zu Fuß den Heimkehrenden entgegen und begannen auf die Arbeiter einzuhauen. Nach den bisher vorliegenden Berichten sind etwa 70 Arbeiter erheblich verwundet worden. Der amtliche Polizeibericht gibt 60 verwundete Polizisten an, jedoch sind nur drei schwerere Verletzungen zu verzeichnen.

forderte, damit es wegen des Gemegels in Prag nicht ausbleibe. Als der kommunistische Antrag nicht verlesen wurde, eröffneten die kommunistischen Abgeordneten eine lautmächtige Ostraktion, die mehrere Stunden hindurch andauerte. Die heutigen Prager Blätter schreiben, daß der Parlamentsaal einem Trümmersfeld gleiche, in dem Holzstücke, Papiere usw. wüst durcheinander liegen. Erst um 2 Uhr nachmittags wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Die Kommunisten erzwangen es, daß der Ministerpräsident Czernin im Parlament erschien.

Als die Abstimmung der Zollvorlage, zu der etwa tausend Änderungsanträge vorlagen, begonnen hatte, erneuerten die kommunistischen Abgeordneten ihre Ostraktion. Sie schlugen mit den Vultbedeln auf die Bänke, so daß während der Abstimmung kein Wort zu verstehen war und die Abgeordneten sich durch Zeichen verständlich machen mußten, ob sie für oder gegen die Vorlage stimmten. Unter furchtbarem Lärm und Zwischenrufen wie „Stuhlwur“ usw. wurde die Zollvorlage angenommen.

Auf Grund der Prager Vorgänge haben alle Metallarbeiter-Ausschüsse, und zwar aller politischen Richtungen, für Dienstag in Prag eine neue Protestkundgebung einberufen. Außer in Prag werden

Hinter geweihten Mauern

Aus den Papieren eines Klostergeistlichen.
Von Pater Veridicus.

In Hast und Eile schrieb ich alles, was mein Herz mir einfiel. Ich beschwor sie, ruhig zu sein und nie an meiner Liebe zu zweifeln, was immer auch geschehen möge. Denn nur so, indem wir selbst mit doppelter Strenge und Treue aneinander festhielten, konnten wir unserem Bunde anstelle der äußeren Weisheit innere geben. Unsere Liebe sei kein Kind, das die Freude zehret, noch bei dem der Stolz vor der Welt gepatet stand. Eine arme Weisheit, die sich durch Not und Elend ringen müsse, was sie sei. Und noch vieles andere schrieb ich. Worte, wie bei der Liebe sie einigelt. Benediktus drängte immer mehr zum Schluß — mir fiel immer noch etwas ein, das ich ihr sagen mußte.

Endlich war ich fertig. „Alles andere sage du ihr mündlich, Benediktus. Auch daß ich nicht weiß, wann ich sie wiedersehen werde. Und tröste sie.“

Er versprach alles. Da lautete man zu Tisch. In dem Moment, wo Benediktus meine Zelle verließ, stieß er mit Cleophas zusammen. Wahrscheinlich hatte dieser gehört. Wir waren beide so verblüfft, daß wir ihn sprachlos anstarrten, er aber schien nicht im mindesten verlegen, benützte vielmehr unsere Verlegenheit dazu, um mit größter Unbefangenheit Benediktus den Brief aus der Hand zu nehmen und die Adresse zu lesen.

Wie ein Tiger künzte ich mich auf ihn und ertrückte ihm das Papier. Da sagte er mit dem milden Lächeln gekränkter Unschuld: „Aber Pater Liberatus — warum so aufgeregt? Es fiel mir doch nicht ein, fremde Briefe für mich zu behalten.“

Wir wandten ihm schweigend den Rücken und stiegen die Treppe zum Speisesaal hinauf.

Der Prior sah fleißig auf seinem Platz, sein Gesicht ist hart wie aus Stein gemeißelt. Nachdenklich sah der Abt vor sich hin; während des Essens betrachtete er mich wiederholt verhalten von der Seite. Cleophas läst mit würdiger Miene zwischen ihnen.

Ich aber kam mir vor wie ein Schuldiger und fühlte mich doch nicht schuldig. Was sollte ich diesen Leuten schuldig sein?

Ich versenke mich jetzt ganz in das Studium der hl. Schrift, um zu erkennen, ob es wirklich Gottes Wille sein

Ahngebungen in Wahrheit, Stran, Brann u. a. O. abgepalten. Die Wittkowiher Arbeiter führten einen einständigen Proteststreik gegen die Agrarabgabe durch.

Generalappell des RFB.

Mobilisierung der Massen für den Sieg des Volksentscheides
Sonntag, den 20. Juni

Früh 8 Uhr:

Mobilisierung der Bevölkerung in allen Abteilungen und Ortsgruppen zum Volksentscheid durch die Spielmannszüge und Musikkapellen des RFB.

Vormittags 1/9-11 Uhr:

Anreten aller Kameraden in den Zug- und Abteilungslokalen zur Einteilung für die Werberarbeiter. — Die Einteilung zur Arbeit für den 20. Juni muß im Einverständnis mit der kommunistischen Partei und den Einheitskomitees erfolgen.

Die roten Frontkämpfer mobilisieren die umliegenden Oberen der Industriekräfte für die Mobilisierung zum Volksentscheid; stellen die Mannschaften für die Autopropaganda; führen die Haus- und Hofpropaganda durch; stellen die Mannschaften zum Schlepperdienst.

Das Anreten zum Generalappell ist Bundespflicht. Die Mitglieder des RFB beschneidigt werden.

Die roten Frontkämpfer führen die von der Bundesleitung gegebenen Anweisungen in Zusammenarbeit mit der kommunistischen Partei und den Einheitskomitees durch und verdoppeln ihre Kräfte, um den Sieg des Volksentscheides zu sichern.

Bundesleitung des RFB.

Thälmann, Reow, Döbrich.



Plakat für die 7. Kriegsanleihe.

So laute Hindenburgs erste „Mahnung“. Wer will auf seine zwei e herziehen? Keinen Pfennig den Fürsten!

Verbrechen an Kindern

— von denen die bürgerliche Presse schweigt.

In Breslau wurden im Rapp-Dulch 1920 Kinder auf der Straße von den Rapp-Rebellen erschossen, da sie wählten in die Menge schloßen.

Im Juni v. J. wurden die Geschwister Jahn, wie sich später auch herausstellte, grundlos verhaftet. Der einen Schwester wurde ihr Säugling nach einigen Stunden ebenfalls verhaftet und ihr ins Gefängnis nachgebracht.

Der Kriminalverbrecher Landgerichtsdirektor Jürgens verhaftete die Frau des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Dengeß und hielt die lungenkranke Frau neun Monate von ihrem Säugling fern.

In Bulgarien schloßen die „Ordnungsgruppen“ bei dem Massenmorden nach dem Bauernaufstand die Kinder mit ab. Einer dieser Mörder erklärte zynisch: „Man kann auch die Kinder mitmorden, damit niemand mehr da ist, der den Vater rächen kann.“

Der Abgeordnete Pankeach berichtete in einer Interpellation im polnischen Sejm von dem Polizeikommissar Bibrowicz in Bromberg, der anordnete, den lebensfähigen Knaben Waganie zu prägen. Das Kind starb an den Folgen der Mißhandlung. Bibrowicz wählte den Mißhandlungen mit den Händen in den Taschen bei und amüßerte sich hinter Lachen über das Schicksal.

Überall Einheitskomitees

Essen. Das schon bei der Durchführung des Volksbegehrens gebildete Einheitskomitee beschloß, den gemeinsamen Schlepperdienst und gemeinsame Propaganda jeder Art durchzuführen. Ebenfalls bildete sich in Borbeck und in Lüdenscheid ein Einheitskomitee.

Dresden. In Dresden-Mittstadt beschloß eine gemeinsame Funktionärssitzung der SPD. und SPD. die Bildung eines Arbeitsausschusses, in dem je zwei Genossen der SPD. und der RPD. und je ein Mitglied der SAJ. und des RPD. gewählt wurde.

Chemnitz. Am 9. Juni fand in Dönnitz eine gemeinsame Sitzung von Betriebsräten, Funktionären der SPD., RPD., Gewerkschaften und Arbeiter-Sportvereinen statt, in der einstimmig beschlossen wurde, aus je zwei Vertretern der RPD., SPD., fünf Betriebsräten und einem Vertreter des Arbeiter-Sportvereins ein Einheitskomitee zu bilden.

In Gröna bei Chemnitz hat sich ebenfalls ein Ausschuss zur Durchführung des Volksentscheides gebildet, dem die SPD., RPD. und verschiedene andere Arbeiterorganisationen angehören. Der Ausschuss wird neben den laufenden organisatorischen Arbeiten eine gemeinsame Versammlung und am Wahltag eine große Demonstration organisieren.

Auch in Stollberg i. E. sowie in Hartmannsdorf bei Chemnitz sind Einheitskomitees gebildet worden.

Vom Tage

In Niedawitz OS. wurden infolge einer Schieberei zwischen Reichsbanner und Landesjägerbund die Ortsgruppen beider Organisationen vom Polizeipräsidenten von Geiwitz aufgelöst.

Der Erlass der katholischen Bischöfe gegen den Volksentscheid ist am gestrigen Sonntag in zahlreichen deutschen Städten von den Kanzeln verlesen worden.

Der zu Gefängnis verurteilte braunschweigische sozialdemokratische Landesschlichter Stöbel hat gegen das Urteil des Braunschweiger Gerichts Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Das Samurger Schurgericht verurteilte am Sonnabend fünf völlige Angestellte, die im Jahre 1922 Sprengstoffattentate gegen kommunistische Gebäude und Denkmäler verübt hatten, zu Zuchthausstrafen von 5 bis 5 1/2 Jahren.

Der ehemalige Vorsitzende der Nationalversammlung von Georgien, der Menschewist Tschwidze hat in Paris Selbstmord begangen.

Nach einer Meldung aus Neuyork ist die Vollstreckung des Todesurteils an Sacco und Vanzetti unter dem Einbruch der internationalen Protestbewegung wieder aufgehoben worden.

Bei einem Besuch in Neustrelitz nahm Hindenburg am Sonnabend die „Meldung der in Mecklenburg-Strelitz anfalligen Generale der alten Armee“ entgegen.

kann, daß der Mensch allein bleibe? Überall finde ich Beweise für das Gegenteil. Schon der Anfang, wo Gott zum Adam sprach: „es ist nicht gut, wenn der Mensch allein ist“ — und ihm das Weib als Gefährtin gab, spricht dagegen.

Dann im alten Testament — fast alle frommen Männer hatten Weiber. Auch viele der Apostel. Nirgends finde ich ein Wort, welches die Liebe verdammt oder die Ehe für Sünde erklärt. Und jene ersten Priester des Christentums, deren Worte und Beispiel so mächtig wirkten, daß ihnen das Volk in Scharen zulief — was wußten sie vom Zölibat?

Hat Gott mit den Worten an sein auserwähltes Volk: „Geht hin und mehret euch wie Sand an der Wüste“, nicht vielmehr deutlich den Zweck des Menschen zu erkennen gegeben?

Nein, die Tugend des Menschen heißt nicht Einamkeit, und keine Sünde ist nicht die Liebe.

Das Zölibat ist nur eine Machfrage der Kirche. Was bezweckt sie? Die Isolierung ihrer Diener und ihre Unabhängigkeit nach außen hin. Was ist seine Folge? Die Notwendigkeit zu heucheln, Laster und Greuel. Talsächlich wird er ja doch nicht gehalten, nur formell. Er hindert die Diener der Kirche, sich nach jener Seite hin zu entwickeln, die Christus im Auge hatte: Die Sonnenseite des Friedens und der Liebe. Wer nicht mit sich in Einklang lebt, — wie kann der andere Frieden spenden? Wer Auge und Ohr dem treibenden Element alles Lebens verschließen muß — wie kann der das Leben anderer verstehen? Wer die Natur mißversteht und verleugnet — wie kann der Gott ganz begreifen?

Nein, es ist nicht Gottes Wille, daß wir aufhören sollen, Menschen zu sein. Priester — aber Mensch, diesen Zwiespalt hat die Kirche in die Welt gesetzt, früher hieß es Priester und Mensch.

Heute habe ich den ersten Brief von ihr bekommen. Benediktus brachte ihn mir. Wie süß sie schreibt! Ihre ganze schöne, reine Seele liegt in den Worten.

Benediktus schien sehr bewegt, als er von ihr sprach. „Du darfst sie nicht zertreten“, sagte er weise, „sie würde sterben, wenn du dich heugier ließt.“

„Ja sie zertreten! Ich! Oh, Benediktus, verstehst du denn nicht, was sie mit mir?“

„Ich hatte es zu verstehen“, gab er ernst zurück. „aber auch du bist ihr alles!“

Drei Monate habe ich das Kloster nicht verlassen! Mit niemandem außer Benediktus gesprochen. Martha schreibt jede

Woche einmal, und Benediktus übermittelt mir ihre Briefe. Ich weiß nicht, — irre ich mich oder liegt in ihren Worten wirklich etwas Gezwungenes? Bei manchen Wendungen, besonders da, wo sie von der Zukunft oder dem Glück unserer Liebe spricht, fühle ich etwas Gemachtes heraus. Dann packt mich eine an Bergweisung grenzende Angst.

Bereit sie? Erstatte ihre Liebe schon? Oh könnte ich nur einen Blick in ihre Augen tun! Schreiben oder sprechen kann man was man will, aber die Seele kann nicht belügen. Wie ein Spiegel zeigt sie sich uns im Auge.

In dem Benehmen gegen mich scheint sich eine Wandlung zu vollziehen. Der Prior, spricht wieder mit mir. Cleophas ist von besonderer Liebeshwürdigkeit, und auch die anderen Mönche trachten, sich mir zu nähern. Benediktus behauptet, es sei nur eine neue Taktik.

„Du bist ihnen eben etwas wert“, meinte er, „wäre das Volk nicht verrückt auf deine Predigten, sie würden sich weniger Mühe geben.“

Ich aber will nicht hinter allen Dingen einen eigennütigen Grund suchen. Warum soll der Prior nicht ergehen haben, daß es neben den dogmatischen Gelegen auch menschliche gibt?

Cleophas hehertsich immer mehr das ganze Kloster. Er weiß sich dem Prior so unentbehrlich zu machen, daß dieser ihn in allen Dingen zu Rate zieht und ihm zuweisen sogar einen Teil seiner pfarramtlichen Geschäfte überläßt. Auch mit den anderen steht er auf dem besten Fuße.

Morgen will der Prior verreisen, und Cleophas soll ihn in der Kanzlei vertreten. Pater Rupertus, ein älterer Mönch, welcher den Prior in solchen Fällen bisher vertrat, ist tief verstimmt über diese Aenderung.

Benediktus hatte wieder einmal recht! Es ist nur eine neue Taktik, daß man freundlicher gegen mich ist, und der sie erfand, ist kein anderer als Cleophas. Ich hatte heute mein Beterbuch in der Sakristei vergessen und begab mich eine Stunde später hinauf es zu holen.

Die Mellen waren norüber, Kirchendiener und Ministranten bereits fort. Als ich mich der Sakristei näherte, hörte ich Stimmen darin. Die Tür, welche von der Straße in den Verbindungsgang mit dem Konvent führt, und die nur von uns Mönchen benutzt wird, stand offen, und ich verstand, so die Worte der Sprechenden, ehe ich diese selbst sah.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaftsreise und Kapitalkonzentration

Vom Standpunkt des Großkapitals aus hat die Wirtschaftslage gegenüber der Zuspitzung der Kredit- und Absatzkrise in den Wintermonaten 1925-26 ein wenig abgeebbt. Die Zahl der Konkurse kapitalistischer Unternehmungen nimmt langsam ab. Zahlreiche Aktiengesellschaften können ansehnliche Reingewinne ausweisen. Obwohl sie in den Geschäftsjahren noch verschämt "bescheiden" genannt werden, können viele Aktiengesellschaften Dividenden von 10 bis 15 Prozent an ihre Aktionäre verteilen. Die "Verlustgeschäfte" der Kapitalisten, weil sie durch Verkauf der Waren auch zu stark herabgesetzten Preisen ihre Geldlage verbessern müßten, haben aufgehört. In den meisten Industriezweigen werden aus dem verringerten Absatz wieder Profite realisiert. So ist für das Großkapital der "Höhepunkt" der Krise überschritten.

Die Krise wird durch das Großkapital überwunden

1. durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften

2. durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte (Karl Marx).

Weißes traf auf die Überwindung der Krisen des Vorkriegskapitalismus zu. Die Kapitalvernichtung in Krisenzeiten wurde damals in kurzer Zeit, durch umso schnellere Kapitalakkumulation bei Erweiterung der Absatzmärkte, mehr als ausgeglichen. Dies war mit einer Folge des im Konkurrenzkampf erzwungenen technischen Fortschrittes, der die Ausbeutung der Arbeiterschaft und damit auch die Profite vergrößerte. Eine Erweiterung der Absatzmärkte ist für den deutschen Kapitalismus jetzt nicht möglich. So "überwindet" er die jetzige Krise teils durch die Organisierung des Konsums an der Arbeiterschaft in Verbindung mit rascher Kapitalkonzentration — "Nationalisierung" genannt.

Die Richtung der neuen Kapitalkonzentration

Dieser Prozeß ist verbunden mit einer tiefgreifenden Neugruppierung des Industrielapitals. Zahlreiche Konzerne und Trusts, die in der Inflationszeit sich gewaltig ausgedehnt hatten, sind auseinandergefallen (vor allem der Sines-Konzern). Sie sind größtenteils als Folge von Überbuchung und Kreditnot zusammengebrochen. Viele Kapitalverbindungen sind aber auch freiwillig gelöst worden, vor allem die auf verfallener Grundlage basierenden. Die Bereinigung von Unternehmungen im Anschluß an die Produktionskrisen, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat, erfüllt bei aufsteigender Konjunktur einen mächtigen Anreiz, durch den dann regelmäßig zu verzeichnenden relativen Mangel an Rohstoffen, Halbfabrikaten usw., die nur zu überhöhten Preisen verkauft werden. In Zeiten der Krise dagegen ist das Gegenteil der Fall — Überfluß an Rohstoffen, Halbfabrikaten usw. Das verarbeitende Industrieunternehmen kann seine Rohstoffe und Materialien am billigsten und günstigsten im freien Konkurrenzkampf erwerben.

Die scharfe Krise in der Rohstoffindustrie gibt aber auch den kapitalträchtigen Unternehmungen der Fertigungsindustrie die Möglichkeit, sich unter günstigen Umständen eine Rohstoffbasis zu sichern durch Kauf von Rohstoff produzierenden Unternehmungen. Die Großindustriellen der Chemischen Industrie, wie teilweise auch der Elektroindustrie, die weniger von der Absatznot betroffen werden und hohe Profite realisieren konnten, haben in den letzten Jahren eine derartige Ausdehnungspolitik betrieben. So hat der A. L. in 1925 im vergangenen Jahre eine Reihe von Kohlenruben aufgekauft, und die A. G. hat von einer halb bankrotten, Siederei- und Gußstahlfabrik Besitz ergriffen.

Die scharfe Wirtschaftskrise, die Absorption fördert vor allem die Kapitalkonzentration auf horizontaler Grundlage innerhalb eines Industriezweiges. Diese Entwicklung hat, entsprechend der besonderen Schärfe der Absorption für den deutschen Kapitalismus, eine tiefgreifende Umgruppierung des deutschen Industrielapitals zur Folge gehabt, abgesehen von dem stärkeren Einfluß des Bankkapitals auf den Rücken des amerikanischen Finanzkapitals.

Der verschärfte Konkurrenzkampf in den nichtmonopolistisch organisierten Industriezweigen zwingt vor allem den kleineren oder kapitalschwächeren Industrieunternehmungen, mit z. T. bereits veralteten Produktionsanlagen, den Hauptanteil an den Produktionseinschränkungen, der gänzlichen Stilllegung von Maschinenanlagen und ganzer Betriebe, der Vernichtung von Produktivkräften auf.

Durch Aufnahme von Krediten versuchten zahlreiche deutsche Industrieunternehmungen diese Entwicklung in den Jahren 1924/25 aufzuhalten. Wer vergeblich. Dagegen ist in all diesen Industriezweigen die Stellung der Großunternehmungen, der finanzstärkeren Konzerne relativ stärker geworden als vor der Krise. Es heißt z. B. in einem Bericht über "Die Umstellung in der Werkzeugindustrie" (Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 57 d. J.), die besonders stark von der Krise betroffen wird:

Es zeigt sich bei den führenden Betrieben der Werkzeugindustrie das Bestreben, durch Aufkauf der Fabrikations-einrichtungen und Übernahme des Kundenapparates eingegangener Konkurrenzfirmen den Markt selbst zu sichern und Lieferproduktion zu beschränken.

Betriebsstilllegungen statt Produktionseinschränkungen

Zahlreiche Industrieunternehmungen versuchten, die Entwertung ihrer Produktionsanlagen bei Stilllegung durch Produktionseinschränkungen, durch Kurzarbeit usw.

Dies läßt sich auch aus grundsätzlichen Ursachen wie in Deutschland, für das Großkapital in den übrigen kapitalistischen Ländern Mitteleuropas, vor allem in England und in Polen, in Frankreich noch in dem Stadium der Inflationskonjunktur, feststellen. Hierzuland in späteren Ausführungen noch eingegangen werden.

aufzuhalten, um so "durchzuhalten". Dies geschah fast allgemein in den vergangenen zwei Jahren in den tarifizierten und syndikalisierten Industriezweigen, mit Ausnahme der Zement-Industrie, der Kali-Industrie und des Ruhrkohlenbergbaus, in dem durch die Kohlen- und Eisen-Konzerne zahlreiche Bergwerke stillgelegt wurden. Das Norddeutsche Zement-Syndikat organisierte durch Kauf von Zementfabriken und ihre Stilllegung die Kapitalvernichtung in der Zementindustrie. In der Stahlindustrie zwangen die Nationalisierungsmassnahmen des Winterfall-Konzerns zur Stilllegung des größeren Teils der Produktionsanlagen, während es gleichzeitig die noch betriebenen Werke um so mächtiger ausbaute.

Allmählich setzt sich an Stelle der Produktionseinschränkung in dem einzelnen Betrieb die Stilllegung ganzer Betriebe durch, was der Reichsverband der Deutschen Industrie, die Interessenorganisation der deutschen Industriellen, bereits vor einem halben Jahr als programmatische Forderung aufgestellt hatte. Denn die Beschränkung der Produktion, die von den Kartellen und Syndikaten zumeist organisiert wird, verhindert wohl die völlige Kapitalvernichtung der Produktionsanlagen durch Stilllegung; sie erhöht aber nicht die Profitmasse. Diese wird von den Kartellen und Syndikaten im wesentlichen nur durch Preishochhaltung und Beschränkung der Gesamtproduktion erhöht. Dies bedeutet aber auch, daß gerade durch die bloße Produktionseinschränkung die Verteilung des Gesamtkapitals aufgehoben wird; damit auch die Profitrate, das Verhältnis der Profitmasse zu dem unverminderten Gesamtkapital, sinkt. Die Verteilung des industriellen Produktions- und Profitmengen erhöht dagegen die Profitrate, weil der Gesamtprofit sich auf ein kleineres Gesamtkapital bezieht. Zugleich ermöglicht die Zusammenlegung der Produktion in einzelnen Betrieben, bei Stilllegung der übrigen, eine Senkung der Produktionskosten, rationellere Auswertung der Produktionsanlagen, Spezialisierung, Normalisierung, Typisierung und Massenproduktion in den einzelnen Werken, vor allem aber auch gewaltigste Steigerung der Arbeitsintensität. Dies alles ist der stärkste Antrieb für die jetzt stattfindende neue Kapitalkonzentration.

Die neue Kapitalgruppierung

So haben in der letzten Zeit neue gewaltige Kapitalzusammenklüfte, Ergänzungen der Großkonzerne stattgefunden — und diese Entwicklung ist noch keineswegs abgeschlossen. Derartige größere Zusammenklüfte haben z. B. in der Kallindustrie, Automobilindustrie, Flugzeugindustrie, Textilindustrie, Zünd-

holzindustrie, in der photographischen Industrie, der Dynamitindustrie, der chemischen Industrie, der rheinischen Textilindustrie, der westdeutschen Zementindustrie und in dem Berliner Wollengewerbestatgefunden.

In der westdeutschen Stahlindustrie ist die Konzentration mit der Bildung des "Stahlvereins" aus fünf der größten westdeutschen Stahlkonzerne nicht abgeschlossen. Wichtige Teile des Stumm-Konzerns werden ebenfalls dem "Stahlverein" angeschlossen. Wesentlich ist auch die Konzentration in der westdeutschen Eisenindustrie durch den im vorigen Jahre erfolgten Zusammenschluß der beiden größten deutschen Eisenkonzerne mit Kesselfabriken vorwärts gegangen.

In der rheinischen Kesselfabrikindustrie sollen vier der größten Kesselfabriken in eine einzige Aktiengesellschaft zwecks Zusammenlegung der Produktion überführt werden.

Über die Zusammenfassung der größten sächsischen Zuckerraffinerien in eine "Gemeinschaft sächsischer Zuckerraffinerien" wird augenblicklich verhandelt.

All diese neuen Zusammenklüfte, die, wie jeder Kapitalzusammenklüft, die ökonomische und politische Macht des Großkapitals, vor allem gegenüber der Arbeiterschaft, verstärkt, können nicht die unmittelbaren Vorboten einer neuen gewaltigen Kapitalausdehnung, verstärkter Kapitalakkumulation in einem derartigen Ausmaß sein, daß "die industrielle Reservearmee", das Arbeitslosenheer, wieder Beschäftigung findet. Dies trat dagegen, dank der Erweiterung der Absatzmärkte, der erfolgreichen imperialistischen Betätigung, auf die "gewöhnlichen" Krisen des europäischen Vorkriegskapitalismus zu.

Das Kennzeichen der letzten Zusammenklüfte des Großkapitals ist aber das Gegenteil jener Entwicklung. So will der westdeutsche "Stahlverein" z. B. von den fünf Werken des Phönix-Konzerns drei stilllegen und die Produktion in den beiden übrigen Werken konzentrieren.

Dieser Prozeß der Betriebsstilllegungen und des Arbeitersabbaues ist ein Teil des "Gefundungsprozesses" des Großkapitals. Das Großkapital faulert sich so auf Kosten der Arbeiterschaft, die durch Massenarbeitslosigkeit und verstärkten Lohndruck die Lasten dieser "Gefundung" in der Hauptsache zu tragen hat. Die kapitalistische Gesundung ist nur dadurch möglich, daß ein Teil der deutschen Arbeiterschaft auf dem Aussterbeetat gesetzt wird. Die deutsche Industrie hat 2 1/2 Millionen Arbeiter zu viel, verkündete im April d. J. auf der Tagung des Zentralverbandes der deutschen Metallarbeiter und Hüttenindustrieller der Geschäftsführer Dr. Löffler. Das ist das Kennzeichen der kapitalistischen Nationalisierungserfolge, der kapitalistischen "Gesundung", die von der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie herbeigeführt und unterstützt wird.

G. Reimann.

30 Millionen Pfund Schaden des englischen Kapitals im Generalstreit

Die "Frankfurter Zeitung" berechnet in einer Korrespondenz aus London den Schaden, der dem englischen Kapital aus dem Generalstreit entwandert ist, an Hand einer Aufstellung des Schiffahrtskapitalisten Kunciman:

Die Bergindustrie, deren normale Produktion mit 14 Mill. Pfund Sterling bewertet wird, verlor durch die zwei Wochen 7 Mill., was nicht durch die vermehrte Aktivität wieder gut gemacht werden kann. Die Eisenbahnen, die im Monat 16 Mill. einnehmen, verloren 8 Mill., wenn nicht mehr. Auch das ist nicht wieder gutzumachen. Von einer normalen Produktion von 0,5 Mill. Tonnen Kohlen monatlich im Wert von 2,5 Mill. Pfund Sterling ging mehr als die Hälfte dauernd verloren. Viele Deien werden wohl noch längere Zeit stillliegen und 8 bis 9 davon werden wohl dauernd laß bleiben. Von rund 0,6 Mill. Tonnen der monatlichen Stahlproduktion im Wert von über 5 Mill. gingen mindestens 2,5 Mill. Pfund Sterling verloren. Für die Textilier schätzt Kunciman den Verlust auf etwa 5 Mill. d. h. nahezu ein Viertel des monatlichen Exportwertes. Die chemische Industrie soll 0,5 Mill. durch Exportverlust eingebüßt haben. Für Maschinen und Metallwaren kommt Kunciman zu der (hohen) Schätzung von 2,5 Mill. Dazu kommen die direkten Verluste der übrigen Industrien (darunter auch die Zeitungen), so daß Kunciman die Gesamtsumme mit 30 Mill. als nicht übertrieben bezeichnet. Dazu wären alle indirekten Verluste zu zählen.

Preisverband der westdeutschen Mühlen

Die Rhein-Mühlen-Aktiengesellschaft und die Weser-Mühlen-Aktiengesellschaft haben mit den in der Westdeutschen Mühlenvereinigung zusammengeschlossenen Groß- und Mittelmühlern Besprechungen aufgenommen, um eine Preiskonvention für Mälleinrichtungen in ganz Westdeutschland herbeizuführen. Wörtlich heißt es in dem Bericht, der über die Unterhandlungen gegeben wurde: "Man will versuchen, die Erzeugung mit dem Verbrauch in Einklang zu bringen, um hierdurch einen erträglichen Preis für die Mühlen zu erzielen." Das heißt in vernünftiges Deutsch übertragen: Arbeiterentlassungen und Verteuerung des Brotes.

Leinen-Syndikat auf Kosten der Steuerzahler

Vor zwei Wochen hat der Reichstag einen Stützungskredit an die Flachsgärerei beschlossen, um den notleidenden Leinenindustrie zu helfen. Diese Hilfe hat schnelle und unerwartete Folgen gehabt. In Berlin wurde gestern Tage eine "Leinengärerei Westdeutsche L. u. B." gegründet, die ein Syndikat aller Leinengärereier darstellt. Von 275 000 in Betrieb befindlichen Spinnstühlen 25 000 sind zur Zeit stillgelegt. Aus 265 000 dem Syndikat angeschlossen. Die Syndikalisierung beschloß sofort, die Produktion einzuschränken, den einzelnen Werken Quoten zuzuteilen und die Preise zu erhöhen. Der Regierungsvorschlag wird durch das Syndikat unmittelbar verteidigt; es dient wahrscheinlich dazu, die stillgelegten Teile der einzelnen Werke durchhalten zu helfen, um so den Markt an Leinengarn künstlich zu verknappen.

Vor allem stellt der Regierungskredit in den Händen des Syndikats ein Mittel dar, um Außenseiter zur Teilnahme zu zwingen und eine Durchbrechung der hohen Syndikatspreise durch dem Syndikat nicht angeschlossene Firmen zu verhindern. Auf diese Weise müssen die Steuerzahlenden Massen noch Extrabeiträge leisten, damit die Unternehmer ihre Bücher positiv ohne Risiko durchführen können.

Die Normung im Textilgewerbe

Die Textilindustrie wird durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Sie wird nicht nur durch die Einschränkung der Exportmöglichkeiten gebrückt, sondern als eine Konsumindustrie muß die Massenarbeitslosigkeit und die Senkung der Löhne durch die Unternehmerrückfälle in diesem Wirtschaftszweig besonders schwer bemerkbar machen. Hinzu kommt noch, daß bei der Herstellung der fertigen Kleidungsstücke, namentlich der Wäsche und Kleiderkonfektion, durch die Herstellung solcher Modelle, durch die enge Verbindung mit dem Handel einerseits und durch die enge Anpassung an die Verbrauchertätigkeit der Konsumbedürfnisse andererseits, eine außerordentlich rasche Zersplitterung der Produktionsstätten eingetreten ist, die den Zusammenklüft der Bekleidungsindustrie zu monopolartigen Gebilden hindert.

Gegenwärtig sind nun Bestrebungen im Gange, auch in diesem Wirtschaftszweig eine gewisse Nationalisierung durchzuführen, soweit sie bei der Eigenart der hergestellten Waren möglich ist. Zu diesem Zwecke wurde bereits vor längerer Zeit ein Verband der Herrenwäschefabrikanten gegründet, der jedes Jahr entsprechend der Mode eine Anzahl Modelle und Farben als Einheitsformen feststellt, so daß die Wäschefabriken nicht allzuviel verschiedene Sorten auf dem Markt zu bringen brauchen. Durch Ersparnis an Formen, durch die kleineren Musterkollektionen und ähnliches wird so eine bedeutende Ersparnis erzielt, die selbstverständlich nicht dem Konsumenten, sondern dem Fabrikanten in Form höherer Profite zugute kommt.

Nunmehr will zunächst die Herrenwäsche-Industrie dem Beispiel folgen und ebenfalls zweimal im Jahre eine Auswahl von wenigen Modellen treffen, nach denen die Fabrikanten Einzeltypen herstellen. Es ist anzunehmen, daß diesem Beispiel die Hersteller von billiger Frauenwäsche, sowie von Massenfertigung folgen werden. Die Auswirkungen einer derartigen Normung werden in technischer Beziehung die ein, daß namentlich die Möglichkeit gegeben ist, die Waren durch Spezialmaschinen in Großbetrieben in Massen herzustellen. Damit wäre der Boden geebnet für das Aufkommen von Großfabriken in der Bekleidungsindustrie, sowie für die Zusammenstellung dieses Wirtschaftszweiges in Syndikaten und Monopolen.

Mit dem Einzug des technischen Fortschritts sind die darin beschäftigten Arbeiter allerdings ebenfalls verbunden. Umfangreiche Entlassungen werden die Folge der Nationalisierung dieses Wirtschaftszweiges sein.

Für neue Rußland-Delegationen

Einladung der russischen Gewerkschaften an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen

Moskau, den 26. Mai 1926.

Meine Genossen und Genossinnen!

Aus Zeitungsberichten haben wir erfahren, daß in einigen Arbeiterinnen-Delegationen die Frage der Entsendung einer Rußland-Delegation erörtert wurde und daß sogar ein beschließender Beschluß gefaßt worden ist.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion begrüßt aufs herzlichste den Wunsch der Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands, in die Sowjetunion zu reisen und sich mit dem Leben und Wirken der Arbeiterklasse und insbesondere mit dem Lebensverhältnis unserer Arbeiterinnen vertraut zu machen.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion ladet hiermit die Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands ein, ihre Delegationen zu entsenden und verpflichtet, ihnen bei der Unternehmung aller die Delegation interessierenden Arbeitszweige und Lebensgebiete in der Sowjetunion nach Kräften beizustehen.

Die Delegation wird bei der Erforschung aller Lebensbedingungen der Sowjetunion volle Freiheit genießen. Die Delegation kann auch, wenn sie es wünscht, einen eigenen Übersetzer mitbringen.

Mit kameradschaftlichem Gruß

gez.: Melnikowski,

Präsidentmitglied des Zentralrates der Gewerkschaften der Sowjetunion, Sekretär der Kommission für auswärtige Beziehungen.

Das unterzeichnete Komitee und die Zeitschrift „Die Einheit“ wenden sich auf Grund der obigen Einladung und der vielen Anfragen, die bei ihnen aus allen Kreisen der Arbeiterklasse einliefen, an die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter Deutschlands, bei der Organisierung und Finanzierung der Arbeiterinnen- und Arbeiterdelegationen mitzuhelfen. Um allen Schwierigkeiten und Verdächtigungen vorzubeugen, wird die Delegation diesmal eigene Dolmetscher mitnehmen und zwei Monate zum Studium verwenden. Die Unterzeichneten halten es für selbstverständlich, daß als Delegierte nur solche Kollegen und Kolleginnen gewählt werden, die auf genügend langjährige Erfahrung und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung zurückblicken können. Alle Mitteilungen und Anfragen wegen Sammelstellen sind zu richten an „Die Einheit“, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin S. 14, Alexandrinenstraße 62, part.

Das Rußlandkomitee.

H. Lehmann, Berlin (SPD), D. Mehnert, Dresden (SPD), W. Bennenich, Dresden (SPD), S. Bauernfeind, Nürnberg (SPD), R. Horn, Erfurt (SPD), Th. Overhagen, Eisen (SPD), R. Bogert, Dresden (SPD), M. Graue, Brand-Erbisdorf (SPD), A. Baer, München (SPD), E. Mare, Dortmund (SPD), S. Sed, Jena (RPD), R. Lütich, Halle (RPD), W. Zahn, Berlin (RPD).

Schlesische Rundschau

Der Stahlhelm ist dazu berechtigt!

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, heißt es in irgendeiner Reichsverfassung, irgendeiner Republik. Nun ist in bekanntester Weise der Gummitüppel ein äußerst wichtiger Bestandteil eben dieser republikanischen Staatsgewalt. Damit nun auch nach außen hin bezeugt werde, daß eben dieser Staat mit der Arbeiterklasse im Grunde genommen nichts gemein hat, ist es derselben untertaun, sich bei Vermeidung von schwerer und schwerer Strafen mit dieser Staatsgewalt zu identifizieren, d. h. deutsch ausgedrückt, es ist den Arbeitern zwar verfassungsmäßig garantiert, praktisch jedoch verboten, die Staatsgewalt, d. h. den Gummitüppel in die Hand zu nehmen.

Anders liegt der Fall, wenn es sich um Gegner beflagter Republik handelt. Denen wird sogar durch die Polizei bezeugt, daß sie die Berechtigung haben, „vollausgehende Staatsgewalt“ zu spielen. Als Beweis folgendes:

Am Mittwoch voriger Woche kamen einige Breslauer Kameraden der Roten Jungfront auf der Nicolaistraße entlang. Eine deutsche Jungfrau fühlte sich unter dem Schutz sämtlichen Stahlhelms einer gewissen Georg Reinold, Haupt Nicolaistraße 62 (da diese Adresse der Polizei anzuzeigen und von ihr gebläut wurde, ist es fraglich, ob sie berufen, diese Kameraden „Rotes Gefindel“ zu nennen. Über natürlich demütigten Kameraden wurden von dem stehenden Stahlhelmsdarsteller darauf „aufmerksam“ gemacht, daß er einen Gummitüppel in der Tasche habe. Nach der Stellung riß der Held aus, übergab den Gummitüppel dem wartenden ebenfalls Jungfrau und kam — mit Schwomann wieder, um die Kameraden wegen „Beleidigung“ festnehmen zu lassen. Und der Schwomann? Als dieser von den Jungfrontkameraden nun „aufmerksam“ gemacht wurde, daß der Reichst ein Gummitüppel trage, erklärte er: Der Stahlhelm ist dazu berechtigt!

Zeit der Handlung: Im 8. Jahre der deutschen Republik zwischen 7 und 9 Uhr abends. Ort: Breslau: Personen: Arbeiter, Reichst — und der Schwomann vom Königsplatz.

Der Schuß. Aus dem zweiten Stock gekürzt. Seit der Jahresbeginn arbeiten an Hotel „Deutsches Haus“ einige Sonntagabend mit der Kameraderklärung Alfred Franz aus dem zweiten Stock und von ihm einen Schuß- und Handgeleitbruch zu.

Rückkehr. Zwei Kinder aus dem Fenster gekürzt. In einer unteren Anstalt sitzen zwei Kinder in der auf dem Dach im Erdgeschoss untergeordneten Spielschule hat Fenster und hängen zwei Stühle hier herab. Das fünfjährige Schwestern des Schülers Alois ist ein Schußbruch und war sofort tot. Das andere Kind, ein Mädchen, war auf den Knien gekürzt und ist dabei glücklicherweise mit dem Schreden davongelommen.

Legung. Beim Baden ertrunken. Der 17 Jahre alte Saderlehrling Georg Ripke, geriet in der ehemaligen Militärkade-

anstalt in einen zweieinhalb Meter tiefen Zustuhgraben und ertrank. Die sofort vorgenommenen Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Als 156 Schmutzger festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis Rothenberg zugeführt. Unter den Eingelieferten sollen sich auch mehrere Personen, die leibhaftig gesucht werden, befinden.

Königsstraße. Von durchgehenden Pferden schwer verletzt. Als bei einem Ausflug die beiden Töchter der Gastwirtin Spruch aus Borsdorf ein Gefährt kutschierten, verloren sie die Gewalt über die Pferde. Die Tiere rasteten durch die Dorfstraße. Zwei Kinder, die an einem Zaun standen, konnten sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen, wurden vom schleudernden Wagen erfasst und schwer verletzt, so daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Dem einen Kinde sind die Gliedmaßen verstümmelt worden.

Rosenberg. An deutschem Welen... Von antisemitischen Kreisen wurden kürzlich auf dem hiesigen jüdischen Friedhof große Zerkürungen angerichtet. Davon wurde auch die Friedhofsmauer betroffen, die nun ausgebessert worden ist. Nach der Fertigstellung ist die erneut beschädigt worden.

Gahrn. Beim Schulausflug ertrunken. Gelegentlich einer Wanderung der Schule zu Herrnhäuser nahmen die Knaben ein Bad in der Oder bei Hebenau. Dabei geriet der 13jährige Sohn des Gasthofbesizers Helbig aus Waldowert in eine Strömung und ertrank vor den Augen seiner Mitschüler.

Neustadt-OS. In der Düngrube ertrunken. In Schläg ereignete sich ein gräßlicher Tod eines Kindes. Der 14-jährige Sohn eines Schneidemeisters spielte im Hofe unweit der Düngrube. Plötzlich fiel das Kind, das sich auf das, die Düngrube umfriebe Brett gesetzt hatte, in die Düngrube und ertrank.

Kreuzburg. Selbstmord eines Schupobeamten. Der Schupo Beamte Maliska von der Schupo Kreuzburg hat sich in der Wohnung seiner Mutter in Biskup durch Selbstmord geübt. Das ist nun schon der zweite Selbstmord eines oberösterreichischen Schupo Beamten der letzten Woche. Eine Tatsache, die zu denken gibt und eigentlich die „höheren Instanzen“ bewegen sollte, sich einmal mit der Lage der unteren Beamtenschaft zu beschäftigen.

Meisitz. Ein weiteres Opfer des Badens. Im Ziegelteich in Schönwald ertrank der 17jährige Arbeiter Alfred Kohn aus Arnim, Polnisch-Oberleschen. Die Leiche wurde später aus dem Wasser gezogen. In Verbindung mit den vielen Opfern, die dem Baden trotz der ungenügenden Jahreszeit schon gebracht wurden, kann nicht dringend genug zur Vorsicht geraten werden.

Zaborze. Beim Schmuggeln ertrunken. In den Nachmittagsstunden des Festtags wurde einem auf der polnischen Seite befindlichen Mann von einer Frau über die Schranke ein kleines Paket Tabak zugeworfen. Der Mann nahm es in Empfang und eilte damit davon. Der polnische Grenzbeamte, der dies beobachtete, rief den Mann an und schloß zugleich (!) ein zweites Paket des Grenzbeamten traf den Mann in den Oberarm und drang in die Brust ein, worauf er sofort tot zusammenbrach. Wegen eines Päckchens Tabaks ein Mensch erlösen! Kopflosigkeit oder Uebereifer bürokratischer Beamtenhuns hat einen blutigen „Erfolg“ errungen.

Kolberg. 156 Schmuggler festgenommen. Eine größere Abteilung von Kriminalbeamten und Schupo Beamten unternahm eine Razzia an der Grenze. Dabei wurden nicht weniger

Vollständig beschlossen wurde. Die Mitgliederversammlung der Kölner Arbeiter und Arbeiterinnen-Partei am 8. Juni einstimmig, die Agitationsarbeit der kommunistischen Parteien mit allen Kräften zu unterstützen.

In dem Erzgebirge-Bogland machte die Bewegung der Einheitskomitees ebenfalls schnelle Fortschritte. So wurde beschlossen, in Zwickau am 19. Juni eine gemeinsame Demonstration von RPD, SPD, KPD und Gewerkschaften mit je einem Repräsentanten dieser Organisationen abzuhalten. In Niedermorschütz bildete sich ein Einheitskomitee unter Beteiligung der SPD und des Bergarbeiter-Verbandes sowie vieler anderer Organisationen. In Auerwald hat die SPD, auf eine Einladung der RPD, zur Bildung eines Einheitskomitees Zustimmung erteilt. Auch in Farthau beschloß das Einheitskomitee eine gemeinsame Demonstration am 13. Juni, zu der durch einen einseitigen Aufmarsch aufgerufen werden soll. Die Belegschaft der Baufabrik Biesel in Chemnitz nahm eine Resolution für die Bildung eines Einheitskomitees in Chemnitz an.

Verantwortlich für Politik Kurt Erbe, für den Betriebsstil, Feuilleton und Lokales Max Ihmann, Inserate A. Müller, sämtlich in Breslau. Verlag Schleifische Verlagsgesellschaft mbH, Breslau, Druck Neuvog-BuPa, Druckereifiliale Breslau.

Der Einheitswille bricht sich Bahn

Aus allen Bezirken häufen sich in den letzten Tagen Meldungen darüber, daß überall die Arbeiterklasse trotz der unerbittlichen Sabotage der zentralen Parteien der SPD, die Volkswilligkeit des einheitlichen Kampfes für den Volkswillen und darüber hinaus für den Sturz dieser Regierung, für den Sturz Hindenburgs und die Auflösung des Reichstages gegen die legalen und illegalen Staatsstreichpläne der Reaktion erweist.

In Hannover fand am 6. Juni auf Einladung der RPD eine Besprechung von Vertretern verschiedener proletarischer Organisationen und Betriebe über ein gemeinsames Vorgehen zum Volkswillen statt. Obwohl SPD und Reichsbanner die Teilnahme ablehnten, kam es doch zur Bildung eines Einheitsausschusses, in dem folgende Organisationen vertreten sind: RPD, KPD, Arbeiterhilfe, Arbeiter-Opferrentenrat, Proletarisches Jugendbündel, Sozialistischer Kampfband, Arbeiterjugendverband, Rote Hilfe und Arbeiter-Radfahrerverband. Außerdem die Betriebe Krüger und Chapman, sowie Günther Wagner. Der Ausschuss hat sich sofort mit dem Ruzynski-Ausschuss in Verbindung gesetzt und die Arbeit aufgenommen.

Auch in Rüggebeil hat das Beispiel des einheitlichen Vorgehens von RPD, SPD und KPD in Eisen und Gelsenkirchen festen Widerhall gefunden. So wurde in Rüdlinghausen ein Einheitskomitee gebildet, in dem neben der kommunistischen Partei, dem Bergarbeiter-Verband, der SPD und den proletarischen Freireisern sich auch der örtliche Gewerkschaftsführer Wienforth, Mitglied der Zentrumspartei, befindet. Auch in Buer, und zwar in Buer-Schöden, Buer-Hassel und Buer-Neße haben sich unter Beteiligung der SPD und der Gewerkschaften Einheitskomitees gebildet. In diesen Komitees ist auch die Christlich-Soziale Volksgemeinschaft vertreten.

Aus Duisburg wird gemeldet, daß sich in Osterfeld ein Einheitskomitee aus folgenden Organisationen gebildet hat: Gewerkschaftsverband RPD, SPD, Reichsbanner, KPD, Rote Hilfe, Invalidenverband, Kriegsbeschädigtenverband, Erwerbslosenverband.

In Köln fand am 9. Juni eine Besprechung der RPD und SPD statt, in der gemeinsame Durchführung der Agitation zum

Ein einheitlich und wache nur mit Putzungen

Schauspielhaus Gastspiel Ludwig Stössel „Charité Zante“ Freitag, 11. 6., 8 Uhr Sonnenabend, 12. 6., 8 Uhr Sonntag, 13. 6., 8 1/2 Uhr 8 Uhr Montag, 14. 6., 8 Uhr Dienstag, 15. 6., 8 Uhr Mittwoch, 16. 6., 8 Uhr Donnerstag, 17. 6., 8 Uhr	Chailtheater „Die tote Zante“ „Die tote Zante“
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------

Lieblch-Theater
Telephon: Stephan 84646

Schauspielhaus
Breslau Operettenbühne
Telephon Stephan 87460
Täglich 8 Uhr:
Der große Operetten-Erfolg
Annemarie

Nur kurze Zeit
Sensations-Gastspiel
Anita Berber und Henri
Die Tanzattraktion
Im Rahmen der Revue
Apollo!
Nur Apollo!
In der Wiener Originalbesetzung

Stadt-Theater
Breslau
Telephon Ring 1254 u. 6815
Montag, abends 8 Uhr
Der Karneval in Rom
Dienstag, abends 8 Uhr
Der Bajazzo
Die Puppenfee

Eddie Polo
Fortsetzung u. Schluß — 18 Akte
Arbeiter vergeßt nie die Fledermaus-Lichtspiele
zu besuchen!

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. November 1924, 6. März und 2. Mai 1926 wird auf Grund des Preussischen Wohnungsgesetzes vom 23. März 1918 und der Breslauer Wohnungsordnung vom 4. Mai/11. Oktober 1920 vom 15. Juni 1926 ab die folgenden Aufträge über

- a) die Schlafstellen,
- b) die an Untermietz abgegebenen, einzelnen Räume, soweit die Gesamtwohnung ausschließlich Küche nicht mehr als 3 Räume umfaßt, und
- c) die Schlafgelegenheiten der bei ihren Arbeitgebern untergebrachten Hausangestellten, Arbeitern, Angestellten, Gehilfen und Lehrlingen

durch Beauftragte des Wohnungsamtes fortgesetzt. Abgesehen von den Nachbestimmungen für die bereits erteilten Genehmigungen werden die Wohnungen in dem Stadtgebiet befristet werden, das begrenzt wird von der Freiburger Bahnhofsstraße, dem Berliner Platz, dem Nikolai-Graben bis zur Oder, dem Oberstrom und der Stadtgrenze (Grafischer Vorstadt, Innere Stadt, Ohlauer-, Streblener- und Schmiednitzer-Vorstadt).

Für dieses Gebiet sind die folgenden Bestimmungen für die Aufnahme von Schlafgängern, Zimmermieter und eigenen Angestellten zu beachten. Die Aufnahme von Schlafgängern oder eigenen Angestellten überhaupt und von Mietern einzelner Zimmer in Wohnungen, deren Größe bis 3 Zimmer ausschließlich Küche beträgt, wird in Zukunft nur unter den in §§ 14—20 der Breslauer Wohnungsordnung genannten Bedingungen gestattet werden.

Die Genehmigung ist unter Benutzung der im Wohnungsamte Blücherplatz 14, 2. Stock, Zimmer 25, erhältlich. Ferner ist innerhalb der gleichen Frist Anzeige zu erstatten, wenn ein Wechsel eintritt hinsichtlich:

- a) des Familienstandes des Haushaltungsvorstandes unter Angabe der Anzahl, des Alters und des Geschlechts der Familienmitglieder,
- b) der Zahl des Familienstandes, des Alters und des Geschlechts der Familienmitglieder, und
- c) der Benutzung, Zahl und Größenverhältnisse der in Betracht kommenden Räume.

Die Wohnungen jeder Größe, in denen Räume schon jetzt zur Unterbringung von Schlafgängern oder eigenen Angestellten benutzt werden, und die Wohnungen in einer Größe bis zu 3 Zimmern ausschließlich Küche, in denen Mieter einzelner Zimmer wohnen, werden ebenfalls in die Pflicht einbezogen, und es wird darüber entschieden werden, ob sie unter den neuen Bestimmungen in der bisherigen Weise benutzt werden dürfen.

Unterlassungen oder Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden gemäß § 25 der Wohnungsordnung vom 4. Mai/11. Oktober 1920 bestraft. Breslau, den 10. Juni 1926.
Der Oberbürgermeister

Eintrittspreis von 0.75 Mk. an

PEUVAG

Papier-Erzeugungs- und Verwertungsgesellschaft Berlin

Filiale Breslau
Trenitzer Str. 50

Abteilung: Buchdruckerei

Wir stellen hier die billigste Berechnung

- Programme
- Eintrittskarten
- Briefbogen
- Plakate
- Rechnungen
- Flugblätter

kurz alle Druckfachen für

Private, Vereine und Behörden

Ich fertige echte **Russische Kette**

an **Hauptmann**
Kopiererschmidestr. 27 III. Etage

Örlich

Zum Volksentscheid gegen Fürstenabfindung
 Im Briefkasten des „Neuen Östlicher Anzeigers“ findet sich folgende, zwar kurze, aber inhaltlich reiche Antwort der Redaktion:
 „Viele Mts. Es wird Ihnen sicher schwerer, als den abgemessenen Fürsten, sich das Leben zu erhalten. Die vertriebenen Ihre Verklammerung und werden wahrscheinlich bei passender Gelegenheit Gebrauch von Ihrer Zurschrift machen.“
 Die allen Sozialrentner und Kleinrentner können es eben nicht verstehen, daß „Ihr“ Hindenburg so viel Verständnis für die unerschämten Forderungen der Fürsten hat, die vollkommen ausreichend zu leben haben. Die Alten, die ihr Leben lang gearbeitet haben, müssen vor Gram und Hunger in der deutschen Republik zugrunde gehen.“
 Natürlich ist es kein Fehler, wenn diese Opfer des Krieges und der Arbeit auch an den „Neuen Östlicher“ herantreten. Doch sollten sie wissen, daß der Redakteur einer kapitalistischen Zeitung nur „wahrscheinlich“ und bei passender Gelegenheit — vielleicht — auch einmal die Interessen der Unterdrückten vertreten darf. Laufende lesen heute noch kapitalistische Zeitungen — zu ihrem eigenen Schaden. Selbst die kommunistische Presse und werft die bürgerlichen Zeitungen heraus!

Der Straßenverkauf der „Arbeiter-Zeitung“ in Örlich verboten

Die Östlicher Polizei hat zu einem neuen Schlage gegen die kommunistische Presse ausgeholt. Sie hat den Straßenverkauf unseres Blattes mit der Begründung verboten, daß trotz Warnung der Inhalt der Zeitung laut ausgerufen wird.
 Wir werden diese famose „Warnung und Verbotsergänzung“ morgen gedehnt beleuchten und erheben gegen das elisorische, völlig ungesetzliche und schändliche Vorgehen der Östlicher Polizei den schärfsten Protest.

Achtung, Genossen! Allen wird der ungeheure Einfluß, den die Presse auf die Volksgenossen ausübt, bekannt sein. Was es also bedeutet, wenn Tausende von Menschen, die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, noch bürgerliche Zeitungen lesen (z. B. den süßlichen „Neuen Östlicher Anzeiger“), ist wohl unseren Genossen vollständig klar. Eine unserer Aufgaben muß es als sein, die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen zu verdrängen. Um dies aber erfolgreich durchführen zu können, ist notwendig eine gute organisatorische Vorbereitung. Die Filialleitung der „Arbeiterzeitung“ wird mehrere Werbeaktionen zusammenstellen. Wir ersuchen alle erwerbslosen Parteigenossen und Kameraden des RFB, sich in der Geschäftsstelle, Lühlig Nr. 6, zu melden; und zwar wochentags von 8,30 Uhr bis 9,30 Uhr vormittags und von 3,30 Uhr bis 4,30 Uhr nachmittags. Die Bedingungen über die Abonnementwerbung werden ihnen dort bekanntgegeben werden. Da die Woche vor dem Volksentscheid am günstigsten ist, möchten die Genossen und Kameraden diesem Ersuchen bald Folge leisten.

Die Abfindung in der Natur. Die hiesige bürgerliche Presse schreibt: „Nach Ansicht der Jmter haben wir mit einem kühlen Sommer zu rechnen; denn die Bienen werfen jetzt schon die Drohnen heraus.“ Die Bienen haben es eiliger als wir Menschen. Sie werfen die männlichen Tiere, die ihren Zweck erfüllt haben, und nur noch den Arbeitsbienen zur Last fallen, aus dem Stode. Wann werfen die menschlichen Arbeitsbienen ihre Drohnen, voran die fürstlichen Schmarotzer, zum Tempel hinaus? Der Volksentscheid gibt dem deutschen Volke Gelegenheit, zu zeigen, ob es aus Natur und Geschichte etwas gelernt hat. Stimmt am 20. Juni für den Volksentscheid!

Enteignung aus politischen Gründen. Im Jahre 1908 lehnten die heutigen Fürstendienen durch, daß die polnischen Gutsbesitzer enteignet werden dürften, um den deutschen Ansiedlern Platz zu machen. Damals begründete man diese Maßnahmen mit dem Staatsinteresse. Heute schreibt in „Neuen Östlicher“ ein Amerikaner, man könne in Amerika darüber, daß Deutschland „seinen“ Fürsten noch Milliardenwerte zuschlagen will. Die rechtsstehende Presse unserer Stadt aber schwindelt ihren Lesern vor, das Ausland sei über den Volksentscheid sehr beunruhigt, da in Deutschland das Privateigentum nicht mehr geschützt sei. Die Enteignung der deutschen Fürsten ist auch eine Notwendigkeit mit Rücksicht auf das Ausland, das Deutschland für reich halten muß, wenn es für Nichtstuer so viel Geld übrig hat.

Besteht eine Verpflichtung zur Annahme von Einschreibbriefen? Wenn jemand die Annahme eines Einschreibbriefes verweigert, geht dieser mit dem postalischen Vermerk „Annahme verweigert“ an den Absender zurück. Der Empfänger hat aber die Folgen der Annahmeverweigerung zu tragen. Wer einen Einschreibbrief zurückweist, setzt sich ins Unrecht, denn die im Brief enthaltene Nachricht gilt rechtlich als ihm zugegangen. Der Absender vermag leicht zu beweisen, was in dem Brief stand, wann der Brief abgehandelt wurde und daß der Empfänger durch die einfache Annahme des eingeschriebenen Briefes keinerlei Unkosten gehabt hätte. Eine Kündigung, die in dem Einschreibbrief ausgesprochen wurde, ist also auch im Falle der Verweigerung der Annahme des Einschreibens rechtlich wirksam, ebenso die Mahnung oder die Erklärung zur Zahlungsbereitschaft. Um Unannehmlichkeiten aus dem Wege zu gehen, ist es immer ratsam, Einschreibbriefe entgegenzunehmen; es liegt dies durchaus und immer im Interesse des Empfängers.

Passage-Theater. Zwei Filme von besonderem Inhalt liefen vom Dienstag bis Donnerstag im obigen Kino. Während der erste Film „Der elektrische Stuhl“, das nervenaufregende Leben Amerikas zeigt, erlebte man im zweiten Film, „Der Postmeister“, die Tragik des Jahrhundertums hindurch brutal gemordeten russischen Volkes. Die Tendenz des amerikanischen Films lag in den Worten zum Ausdruck: „Ich muß Gehele vollstrecken, die ich nicht gemacht habe.“ Der russische Film (Zeit 1820), zeigt das mühselige Leben eines Postmeisters und die unbeschränkte Macht der Soldateska. Säufen und Suren ist eine der wichtigsten Beschäftigungen der zaristischen Offiziere.
Straßberg. Auf in die Versammlung am Dienstag, den 15. Juni, abends 8 Uhr im „Berliner Hof“.
Jannowitz. Eine Versammlung zum Volksentscheid findet am Mittwoch, den 16. Juni, abends 8 Uhr statt.

Waldenburg

Die SPD-Größen unter sich

Wieder Herr Landrat Franz.

Ein Arbeiter schreibt: Am Sonntag, dem 6. Juni, tagte in Waldenburg die Kreisversammlung der SPD. Hier waren es die SPD-Vertreter, welche gegen Herrn Landrat Franz Stellung nahmen. Kein Geschwätz der „Bergwacht“, kann das aus der Welt schaffen. Was hat Franz nicht schon alles gutes gemacht? 3 B. 9 Mark Ordnungstrafe, weil ein Beamter in einem Schreiben schreibt: „Es mußte mit 10 Mark an.“ Das tollste ist, daß Franz sich jetzt vor der Freien Gewerkschaft zu verantworten hat wegen der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden im Kreisstranßenhaus. Es ist ein schönes Bild, wenn ein SPD-Gewerkschaftsangehöriger gegen einen SPD-Landrat eine Anklage erheben muß, weil er das Gesetz nicht inne hält. Macht etwa Osterroth Schule? Die Frage kann man ruhig mit Ja beantworten.

Die reformistischen Führer in Bollenhain gegen die Einheitsfront

(Von einem Arbeitersprekordanten)

Um ein einheitliches Vorgehen in der Volksentscheidskampagne durchzuführen, hat sich die SPD und der RFB, veranlaßt, an die proletarischen Organisationen, wie SPD, Gewerkschaftsrat und Reichsbanner heranzutreten. Das auch hier die prominenten Führer die Einheitsfront des Proletariats wie den Teufel fürchten, bewiesen uns die Antwortschreiben des Reichsbanners und des Gewerkschaftsrates. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, Seidel, antwortete:

„Auf Dein Schreiben vom 28. d. Mts. teile ich Dir mit, daß das Parteimitglied mit der Sache nichts zu tun hat. Die Propaganda sowie die Versammlung wird von der Partei besorgt. Uns wäre es angenehm, wenn Du Dich mit der Partei in Verbindung setzt.“

Das Antwortschreiben des Vorsitzenden des Reichsbanners, Müller, lautete:

„Von Ihrem Schreiben vom 25. Mai 1926 haben wir Kenntnis genommen und bin ich beauftragt worden, Ihnen darauf wie folgt zu erwidern: Die hiesige Ortsgruppe muß es laut Bundesabstimmung ablehnen, Verbindungen mit dem RFB einzugehen, da wir nicht eine einseitige proletarische Organisation sind, sondern in uns alle veretlichen, welche auf dem Boden der jetzigen Staatsform stehen. So sehr wir auch wünschen, daß bald der Tag gekommen sein mag, wo sich endlich alle arbeitsschaffenden Deutschen zusammenschließen möchten, zum Kampf gegen einzelne wenige Personen in Deutschland, welche zum Teil noch heute auf Grund der Zerrissenheit und gegenseitiger Zersplitterung des deutschen großen Volkes die einschneidende Machtstellung besitzen. Wir als Millionenorganisation haben aber keinen Grund, irgendwelchen Organisationen in die Arme zu fallen.“

Zur Frage der Füllungsabfindung wird in unseren Kreisen die Beteiligung an der Abstimmung wärmstens empfohlen, jedoch können wir auf Grund unseres Bestandes aus drei Parteien, welche alle drei verschiedener Ansicht über die Fürstenabfindung sind, irgendwelche feste Parolen nicht herausgeben. Wir sind in der hiesigen Ortsgruppe schließlich noch bereit, eine eigene Versammlung zur Frage der Fürstenabfindung abzuhalten.“

Diese Zeilen im Auftrage meiner Kameraden.
 R. B. Ich persönlich agitiere aufs gründlichste für die Enteignung dieser vaterlandlosen Surraptaloten.“

Die SPD hat es für nötig befunden, gar nicht zu antworten. Die Bollenhainer Arbeiter werden gut tun, sich die Briefe der reformistischen Führer genau durchzulesen.

Weshalb ist es nicht Aufgabe des Christentums, sich mit einem Aufruf für eine legale Durchführung des Volksentscheides einzusetzen? Hieran wird kein vernünftiger Arbeiter etwas anderes denken. Die Gewerkschaftsmitglieder sind Sozialisten, die Arbeiter sind in der Parteimitgliedschaft interessiert, folglich möchte jede Gewerkschaftsorganisation den Volksentscheid mit allen Mitteln unterstützen. Wenn es der Reformist Seidel nicht tut, fragt das von manchem Verständnis für die politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart. Müller beugt den Kopf, ausgeprochen, daß das Reichsbanner sich aus Fürstentümern und Fürstentümern zusammensetzt. Es kann für Fürstentümern. Verschiedene seiner Kameraden treten dem falls für die Fürstentümern ein. Wenn Müller ein ganzer Kopf sein will, so muß er zugeben, daß das ein unhaltbarer Zustand ist. Entweder ist man ein Klassenkämpfer oder man ist eine Wetterfahne. Ein Mittelweg gibt es nicht. Und Klassenkämpfer lehnen es ab, Mitglied einer Organisation zu sein, die auch nur zum Teil für die Fürsten eintritt.

In der Praxis bedeutet die Haltung der reformistischen Führer den Versuch, die Einheitsfront des Proletariats zu zerschlagen. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Kommunisten werden auch allein mit der Arbeit fertig, wie es die erfolgreiche Landbagitation am besten beweist. Ergänzt sei hier mitgeteilt, daß das Bollenhainer Reichsbanner am 10. und 11. Juli die Reichsbannerwoche mit einem Großdeutschen Tage verbindet. Die Schwarzweißrotten hatten nur „Deutsche“ Tage ab. Das Reichsbanner will beweisen, daß es noch patriotischer als die Deutschnationalen gestimmt ist und übertrifft sie, indem es statt einfach „Deutsche“, „Großdeutsche“ Tage veranstaltet.

Arbeiter von Bollenhain, ihr müßt endlich erkennen, daß eure Farbe weder Schwarzweißrot noch Schwarzrotgold ist. Das sind die Farben der Monarchie und der kapitalistischen Republik. Webet die eine noch die andere haben für euch etwas übrig. Wie vor 1918 so auch nach 1918 habt ihr gekämpft und wart ausgebeutet und enteignet. Schließt euch unter der roten Fahne zusammen und kämpft mit den Kommunisten für ein Arbeiter-Deutschland. Helft den Kommunisten bei der Durchführung der Arbeiten zum Volksentscheid, zehnet auf ihre Sammelstellen!

Stimmt am 20. Juni restlos für entschuldigungslosige Enteignung der Fürsten!



Denkt daran

worten. Hoffentlich läßt sich der Betriebsratsvorsitzende Häring, Dittersbach, welcher auch SPD-Mann ist, nicht einmischen und vertritt seinen richtigen Standpunkt. Auf den Termin sind wir gespannt.

Die Erwerbslosen von Wäfigersdorf fragen an

In Wäfigersdorf sind Notstandsarbeiten eingeführt, die doch zum Ziele haben müssen, die Erwerbslosigkeit herabzumindern. In diesem Sinne bewegte sich wenigstens die Ansprache, in der Anfang Mai tagenden Gemeindevertreterversammlung. Der Gemeindevorsteher Stöllger betonte zu wiederholten Malen, es sei für 12-15 Wochen Arbeit vorhanden. Damals waren die Bedenken der kommunistischen und der bürgerlichen Fraktionen manchem unverständlich. Jetzt zeigt es sich, daß die Kommunisten Recht hatten. Die Notstandsarbeit dauert nicht länger, als höchstens acht Wochen. Und wieder Erwerbslose wurden dabei beschäftigt? Wir erwarten, daß uns der Gemeindevorsteher darüber Auskunft gibt. 245 Erwerbslosentage sind bereits vorstrichen darüber Auskunft gibt. 245 Erwerbslosentage sind bereits vorstrichen. Arbeit ist höchstens noch für 300 Erwerbslosentage vorhanden. Wo bleibt da die Arbeit für 40 Erwerbslose? Die Notstandsarbeit dauert vier Wochen, wobei im Durchschnitt zehn Erwerbslose beschäftigt wurden. Weitere vier Wochen mit 300 Erwerbslosentagen ergeben durchschnittlich 13 Erwerbslose pro Woche. Somit wären bei der ganzen Notstandsarbeit pro Woche durchschnittlich 21 bis 22 Erwerbslose beschäftigt gewesen. Jedem ist klar, die große Differenz zwischen 22 und 40 Erwerbslosen und zwischen 8 und 15 Wochen. Fast könnte man der Ansicht sein, als sei die Notstandsarbeit nicht für die Erwerbslosen eingeführt worden, sondern für den baulustigen Unternehmer.

Bei den Notstandsarbeiten wurden vier Arbeiter beschäftigt, die nach der Verordnung keine Erwerbslose waren. Die Beschwerden beim Gemeindevorsteher blieben erfolglos. Ja, wie uns bekannt geworden, will Herr Weich sogar ein paar der ihm beschäftigten Arbeiter entlassen, um sie in den Genuss der Erwerbslosenfürsorge zu bringen und nach Ablauf der vorgeschriebenen Zeit sie als Notstandsarbeiter wieder einstellen.

Was gebietet der Herr Gemeindevorsteher dagegen zu unternehmen, falls dieses zutrifft? Es ist höchste Zeit, daß hier zum Rechten gesehen wird. Es scheint hier eine rechte Betrügerwirtschaft eingerissen zu sein, da der Gemeindevorsteher alle Maßnahmen des Herrn Weich (SPD) bekl. Erwerbslose, die sich an den Gemeindevorsteher mit Beschwerden wenden, müssen unrichtigere Sache ab-

ziehen. Wir haben es satt, mit uns Schindluder treiben zu lassen, und fordern sofortige Einberufung einer Gemeindevertreterversammlung. Von den Arbeitervertretern erwarten wir, daß sie die Frage der Notstandsarbeiten einer eingehenden Prüfung unterziehen und die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten Hilfe schaffen. Falls nicht sofort Hilfe geschaffen wird, werden wir uns durch die oberste Landesbehörde an den Reichsarbeitsverwaltungsaußschuß wenden.
 Mehrere Erwerbslose.

Der „Gebirgssturier“ hegt gegen Sowjet-Rußland. Ein Arbeiter schreibt: In der Nummer 28 des „Gebirgssturiers“ befaßt sich ein gewisser John Ehrentail mit den Verhältnissen in Sowjet-Rußland, verurteilt den Genossen Thälmann gegen den Genossen Ullrich auszuspielen und gebraucht den Namen „Konforten“. Er wehrt gegen die auswärtige Politik der Russen. Während nimmt er Stellung gegen die Rußlanddelegation. Mag der „Gebirgssturier“ hegen. Die Waldenburger Kumpels werden einen Delegierten nach Sowjet-Rußland entsenden. Erst am Sonntag, den 6. Juni war ein ehemaliger Deutscher, jetzt russischer Arbeiter auf acht Wochen in Urlaub bei den Kumpels von Waldenburg. Wer von euch kann mit seiner Frau 10-12 Wochen in Urlaub gehen und die Reise bezahlen? Der russische Kollege war ganz erstaunt, daß man sich erst nach acht Jahren Revolution mit den Fürsten über die Abfindung auseinandersetzt. Auch konnte es ihm nicht in den Kopf gehen, daß die Weltlichkeit der Schulen hier noch nicht erlangt ist.

Was geht in der Knappsjahrt vor? Ein Arbeiter schreibt: Ueberall hört man das große Wort: Sparen, Sparen und nochmals Sparen. Wie man in der Knappsjahrt spart, zeigt folgendes: Die transtreichenden Bergarbeiter müssen sich bei den sogenannten Vertrauensärzten melden. Nun kumpfen die Kumpels auf sie. Was macht man? Man schickt die Kumpels nach Neurobe und bezahlt ihnen das Fräp gelb. Ob denn in Waldenburg zu wenig Ärzte vorhanden sind? Was sagen die SPD-Knappsjahrtsältesten dazu?

Wäfigersdorf. Die Sitzung der Gemeindevertretung findet am Dienstag, dem 15. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr im Saale des Bürgerheims statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Beschlußfassung über den Bau eines weiteren Sechsfamilienhauses, Gewährung eines Gehelges für die Arbeiter der Neubauten, ein Antrag des Sparr- und Bauvereins auf zinslose Hergabe von 2000 Mark zum Zwecke der Errichtung von Zäunen bei den Schrebergärten.

Nieder-Hermsdorf. „Reinen Pfennig den Fürsten!“ Mit diesem Thema wird sich eine öffentliche Versammlung befassen, die am Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr in der „Bordwirtschütte“ stattfindet. Referent Paul Schulz, Berlin.

Gottesberg. Prügelstrafe in der kath. Schule. Die katholischen, insbesondere die Lehrer und Lehrerinnen, ihre heilige Nächstenliebe zu den Kindern offenbaren, zeigt sich darin, daß man armen Kindern die Verständnisse und Lernfähigkeiten einprügeln will. Besonders hervorragendes leistet sich hierin Fräulein Kiebel. Nicht genug, daß sie die Kinder auf die Hände schlägt, bringt sie es sogar fertig, mit geballten Fäusten den Kindern auf den Kopf zu schlagen und zu ohreifeigen. Sie schreit nicht einmal davon zurück, geistig Ungelände in dieser Weise zu behandeln. So wurde ein schwächliches Mädchen, welches nach ärztlichem Gutachten nicht geschlagen werden darf, von Fräulein Kiebel mit den Fäusten auf den Kopf geschlagen, nach dem Ohreifeigen und Handschlägen, welche das Kind erhielt. Und weshalb? In der Strickstunde hatte das Mädchen auf Anraten ihrer Mutter die eigenen Strümpfe nicht 18, sondern 22 Schlingen weit gestrickt. Eine Mutter besitzt mehr Erfahrung als ein Fräulein und rechnet damit, daß die Walle bei mehrmaligem Waschen einfährt und deshalb die Strümpfe weiter gestrickt werden müssen, wenn sie lange halten und abgetragen werden sollen. Das Mädchen wurde geschlagen, weil es die Strümpfe so strickte, wie es ihre Mutter für richtig hielt. Deshalb ist für alle Eltern die Mahnung am Platze, ihre Kinder der weltlichen Schule zuzuführen, wo die Prügelstrafe abgeschafft ist.

Die Arbeit der SPD-Mehrheit im Magistrate. Ein Arbeiter schreibt: Durch Arbeitslosigkeit oder Feterstättigkeit ist es einigen Mietern in den Neubauten auf der Schönenberg nicht möglich, die Miete zu bezahlen. Stundungsgesuche wurden vom Magistrat abgelehnt und den Mietern anheimgegeben, sich eine billigere Wohnung zu besorgen. Wenn der Magistrat beim Eintreiben von Geldern, auch bei den Großen (Kapitalisten, Diktorgilde z. B. die noch mit 100 000 Mark Steuern im Rückstand ist) so vorgegangen wäre, dann wäre das verständlich. Ueberhaupt arbeitet der Magistrat der Stadt Gottesberg wunderbar „im Interesse der Arbeiterschaft“, trotzdem fünf Sozialdemokraten in ihm vertreten sind.

Arbeiter, rüstet zum Roten Tag in Waldenburg am 27. Juni!

Führer durch die Geschäftswelt für Waldenburg u. Umgegend.

Ober - Salzbrunn

Oskar Reigber
Schneidwaren
Arbeiter-Konfektion
Bad Salzbrunn

Wilhelm Walter
Bäckerei
Fürstensteiner Straße 33

Julius Just
Kolonialwaren
Fürstensteiner Straße 16

Alfred Berger
Fleisch- und Wurst-Geschäft
Bad Salzbrunn

Blumenau
Lebensmittel und Tabakwaren
J. Hornig
Ober-Tannhausen Nr. 3

Gottfried Sillert, Blumenau 19
Lebensmittel - Tabakwaren
Spirituosen

Anna Thielsch
Obst - Gemüse - Vorkostwaren
Blumenau 27

Waldenburg

Ernst Hache
Schuhmachermeister
Gottesberger Straße 1, II. Etage
Billigste Bezugsquelle in
Schuwaren aller Art
Kein Laden. Kein Laden.

Rohfleischerei
Franz Häusler
Mühlstr. 24 u. Tel. 654

Landoshut
Schuhwarenhaus
PAUL WIESNER
Wilhelmstraße 3
Spezialisiert: Arbeitsschuhe

H. Rosenstein
am Niedertor

Likörfabrik
Zigarren - Spezialgeschäft

Adolf Schwarzer
Breitenau
Bäckerei - Kolonialwaren
Zigarren - Zigaretten

Glas, Porzellan und Steingut
L. Guttmann's Nachf.

Fritz Hanka, Feilengeschäft
Spundenstr. 2

Giegsried Barasch
Kirchstraße
Damen- u. Herren-Konfektion
Schuhe, Hüte, Mägen
Schneidwaren

Rohfleischerei Hermann Franz
Fleisch- und Wurstwaren

Willy Graw, Friseurgeschäft
Schlegelstr. 32

Hermann Aberle
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten

Alfred Blaschke
Schlegelstr. 31
Lebensmittel, Kunst-, Porzellan-
waren - Rauchwaren

Weißstein

Ernst Giersch
Möbel, Bettfedern
Arbeiter-Bekleidung
und Schuhwaren
Weißstein, Mittelstr. 4

R. Thiel Nachf. E. Michaelis
Arbeiterbekleidung
Hut- und Mützenlager
Spezialgeschäft
für Naturheilverfahren
Hauptstraße 63

Ernst Lante, Weißstein
Reste und Parfümwaren
Porzellan u. Topfwaren

Kaufhaus
R. Hanke
Weißstein

W. Schweitzer & Sohn
Spezialhaus
für Schuhwaren, Leder und
Bedarfsartikel
Weißstein und Bad Salzbrunn

Ernst Schubert
Kolonialwaren
Delikatessen

Freiburg

Conrad Werner
Fleischerei und Wurst-Fabrik
Frühstückstube
Rixstraße 16

Richard Burkert
Bäckerei
Konditorei und Bestellschäft
Striegauer Straße 10

Carl Müller
Neumarkt II, Bahnhofstraße 18
Kaffee-Rösterei mit elektrischem Betrieb
Lebensmittel, Spirituosen
Wein und Tabakwaren

H. Giersch
Arbeiter-Bekleidung und Schuhwaren
Kramtagasse 10

Artur Scherbarth
Bäckerei u. Konditorei
Landeshuter Straße 45.

Erich Dresel
Landeshuter Straße 13
Manufakturwaren
Damen-, Herren-,
Kinderkonfektion

Gustav Kothe
Fleischerei und Wurstgeschäft
Burgstraße 4.

Ernst Steiner, Burgstraße 8
Schuhwaren
in bekannter Güte zu billigsten Preisen
Maß- u. Reparaturwerkstatt.

Kolonialwaren
E. Seidel
Sandstraße Nr. 2

Owald Bräuer
Landeshuter Straße 55
Fleisch- u. Wurstwaren
Paul Brix, Waldenburger Str. 32
Lebensmittel - Tabakwaren - Spirituosen

Jauer

Geschäftshaus größten Stills
für Modewaren, Ausstattungen
Herren-, Damen-, Kinderkonfektion

M. Sittenfeld, Jauer
Billigste, feste Preise

.....
? ? ?
.....

Max Berger
Bücherstraße 24
Buchdruckerei
u. Papierhandlung

Alois Zimmermann
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Spezialität:
Süß Hausbrot
Altwaren-Geschäft

Wilhelm Brühl
Kirchstraße 3

B. Landmann
Likörfabrik
Wein-Großhandlung
Zigarren - Import

Schokoladen, Konfitüren
Süßigkeiten kaufen Sie gut
und preiswert bei Frau
Margarete Neumann
vormals Böttcher, Ring 24

Emil Bruchmann
Vorkost-
Obst- und Gemüsehandlung

Karl Kabner, Nijauerstr.
Kolonialwaren
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Fritz Knoll
Fahrräder - Nähmaschinen
Ersatzteile, Reparaturen
Gabelstr. 3c

A. G. Lindner
Bäckerei
Neumarkt 12

Schweidnitz

Martin Gräber
Alle Schreibwaren, Papierartikel für
Schule, Haus, Privat und Geschäft, Blen-
deker jeder Art, Stempel-Anfertigung,
Kupferdruck u. Druckerei aller Art, Re-
klamations-Kassens, Typendruckerei etc.
Eigenes und Reparatur-Druckerei
Burgstr. 14/15 neben Café Handel

Schäferbrot zu haben bei
Willy Berger
Waldenburger Langstraße 68

Kolonialwaren, kaufen Sie gut u. billig bei
Wanda Jung
Bödelauer Straße 6

Lebensmittelhandlung
A. Nürlich, Dresdener Str. 34.

Miel's Altwaren-Geschäft
Böttcherstr. 22.

Rohfleischerei
Alfred Klapper, Schweidnitz
Böttcherstr. 4, Telephon 574.

Fritz Wenzel's
Fleischerei und Frühstückstube
Böttcherstr. 12

Reserviert

C. Leopold, Langstr. 8
Fleischerei und Wurstfabrik
Frühstückstube

H. Hielscher Nachf.
Kolonialwaren
Hohstraße 1

Polsnitz

Oskar Hensel
Polsnitz 17
Fleischerei u. Wurstgeschäft

Wüstegiersdorf
Adolf Blümel
Gemüschwaren
Wüstegiersdorf 148

Altwasser

Kronen-Lichtspiele
Altwasser
Jede Woche neues Programm

Joseph Dientas
Kolonialwaren
Tabakwaren

Max Stein
Kolonialwaren
Vorkostgeschäft

Hugo Müller
Hofstr. 20
Billigste Bezugsquelle für Kolonial-
und Schneidwaren

Nieder-Hormsdorf

Emil Bunzel
Kolonialwaren
Spirituosen

Hestehaus G. Hornich
Bettfedern
Weiß- und Weißwaren

Dittorsbach

Wilhelm Langer
Hauptstraße 28
Fleischerei und Wurstgeschäft

Richard Simon
Hauptstraße 208
Fleisch- und Wurstwaren

Strlogau

Josef Müller
Bahnhofswirtschaft Strlogau -
Stadt und Gräben Nr. 25
Zigarren / Zigaretten / Tabake

Bolkenhain

Hermann Brückner
Zigarren-Fabrik
Niederlande

Gottesberg

Zigarren, Tabak, Zigaretten
kaufen Sie gut und billig bei
Franz Leonhardt, Gottesberg
Fürstentauer Straße 28

Eduard Richter & Sohn
Kolonialwaren, Tabakwaren, Spirituosen
Fürstentauerstraße 14

Rohfleischerei
Karl Martin, Gellhammer
Gottesberg, Fürstentauerstr. 28
Ober-Waldenburg, Kirchstr. 19

Alois Kreisel
Kirchstr. 18
Kurz-, Weiß- u. Schneidwaren
Telephon 14
die billigste Bezugsquelle

Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Ortswasser Straße 47

.....
Fleisch- und Wurstwaren
Paul Hoffmann
Ortswasser Straße 47
.....

Su laude der Bewegung
wenn Du einen
Geschäftsmann unterstütze,
der nicht in

Deiner Zeitung
inseriert!

Schlesische Zigarrenfabriken G. m. b. H.

Kaufen Sie **Zigarren, Zigaretten, Tabake**

in unseren Filialen:
Waldenburg, Ring 12 * Sandberg, Waldenburger Straße 31
Gottesberg, Alte Bahnhofstr. 4 * Schweidnitz, Langstraße 20